



Foto: www.bilder.cdu.de

Ronald Pofalla

Soziale Marktwirtschaft oder Verstaatlichung der Wirtschaft?

„Die Macht des Kapitals kann nur dadurch überwunden werden, dass wir eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel bekommen. [...] Ich denke, dass, wenn man eine andere Gesellschaftsform errichtet, dass man [...] ein Organ [wie die Stasi] wieder braucht, weil man sich auch

davor schützen muss, dass [...] reaktionäre Kräfte die Gelegenheit nutzen, und so einen Staat von innen aufzuweichen. ... Der Bau der Mauer war in jedem Fall eine Maßnahme, um sozusagen zu verhindern, dass weiterhin Westdeutsche in die DDR konnten.“ So lauten die Original-

INHALT

Ronald Pofalla/
Roland Koch:
Prävention stärken
Seite 4

Volker Kauder:
Glaubwürdigkeit
ist ein hohes Gut
Seite 7

Annette Schavan:
Aufstieg
durch Bildung
Seite 9

Aussagen der Abgeordneten der Linkspartei Christel Wegner am 14. Februar dieses Jahres gegenüber der ARD. Sie ist zwar zwischenzeitlich aus der Landtagsfraktion der Linkspartei ausgeschlossen worden. Aber Tatsache bleibt, dass diese Abgeordnete für die Linkspartei in den niedersächsischen Landtag einziehen konnte. Abschaffung der Demokratie, Wiedereinführung der DDR-Staatsicherheit, Befürwortung des Mauerbaus – diese Konzepte werden in der Linkspartei gedacht und gefordert. Und: Diese Kerngedanken sind in der Linkspartei kein Einzelfall. Sie stehen teilweise sogar im Grundsatzprogramm. Dort heißt es: „Die Politik der Linkspartei.PDS soll dazu beitragen, ... Macht- und Eigentumsverhältnisse zu verändern ... Die Linkspartei.PDS setzt sich für eine Politik ein, die ... auf einen prinzipiellen Umbau der Gesellschaft zielt.“ Die Linke stellt damit unsere gesellschaftliche Ordnung, die Soziale Marktwirtschaft und Teile des Grundgesetzes in Frage.

Um ihre Ziele zu erreichen, plant die Linkspartei, das Eigentum anderer Leute zu „vergesellschaften“, d.h., zu verstaatlichen. Ist das Eigentum erst in den Staatshänden soll es dann nach Gutdünken wieder umverteilt werden. Laut aktuellem Grundsatzprogramm gilt dies für „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel“. Und: Im Gründungsdokument strebt die Linkspartei die „Demokratisierung der Verfügungs Gewalt über alle Formen von Wirtschaftsmacht“ an. Diese abstrakten Ziele übersetzt die Linke in sehr konkrete Politik. Dieter Dehm, Bundestagsabgeordneter und Linkspartei-Vorsitzender in Niedersachsen, gab zu Protokoll: „Unser Fernziel ist, Konzerne wie Daimler-Chrysler, BMW und Großbanken wie die Deutsche Bank zu vergesellschaften.“

Auf dem Wege dahin sollen zunächst die Steuern massiv angehoben werden, um milliarden schwere Wahlgeschenke zu verteilen. Das Motto lautet: „Freibier für Alle“. Trotz exorbitanter Steuererhöhungen wäre aber der

Großteil der sozialen Verschwendungen nur über neue Schulden zu finanzieren. Denn selbst die Milliarden-Zusatzsteuern reichen nicht aus, um das Blaue vom Himmel, das die Linkspartei verspricht, auch nur annähernd zu finanzieren. Anstelle solider Finanzpolitik also der rasante Weg zurück in den Schuldenstaat – eine schwere Zusatzbelastung für unsere Kinder und Enkel. Das Programm der Linken ist damit vor allem auch eine Bedrohung für die hart und fleißig arbeitenden Menschen und ihre Familien in unserem Lande.

Außenpolitisch würde die Linkspartei Deutschland in die völlige Isolation führen. Die Vereinigten Staaten von Amerika – unser wichtigster Verbündeter für Freiheit und Frieden – sind für die Linke der Feind; der Iran – der Israel mit der Vernichtung droht und den Holocaust leugnet – verfolge berechnete Atom-Interessen; das Menschenrechte mit Füßen tretende Kuba sei ein sozialistisches Land auf gutem Wege; die NATO – das Sicherheitsbündnis, das für

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND – Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. – Printausgabe – Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30-2 20 70-3 60, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-1 11. Vertrieb: Telefon 0 22 26-8 02-0, E-Mail: manfred.wissem@ubgnet.de. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf. Funktions- und Mandatsträger der CDU können den elektronischen UID-Newsletter unter www.uid.cdu.de abonnieren. Die Bezugsgebühren sind im Mitgliedsbeitrag enthalten.

viele Staaten als Vorbild dient – sei aufzulösen. Das sind nur einige Eckpunkte einer Außenpolitik der Linken. Hätten Konrad-Adenauer, Ludwig Erhard oder Helmut Kohl diesen Kurs gesteuert, wäre die Einheit unseres Landes niemals möglich geworden.

Wir dürfen es als CDU bei diesen Hinweisen zu Zielen und Charakter der Linkspartei aber nicht belassen. Denn es sind vor allem in der Sozialpolitik ja reale Probleme, die die Linke anspricht: Denn richtig ist, dass den Rentnern in den vergangenen Jahren eine Menge zugemutet worden ist. Es ist auch kein Trost für die älteren Menschen, dass sich ihre Renten deshalb nicht verbessert haben, weil auch die Einkommen und Löhne der Beschäftigten nicht oder kaum gestiegen sind, während gleichzeitig Strom, Lebensmittel und Versicherungen teurer wurden.

Natürlich ist es für Arbeitslose, die nach über einem Jahr immer noch keine neue Beschäftigung gefunden haben, keine Freude, Arbeitslosengeld II beantragen zu müssen, anstatt weitere Monate ALG I zu beziehen.

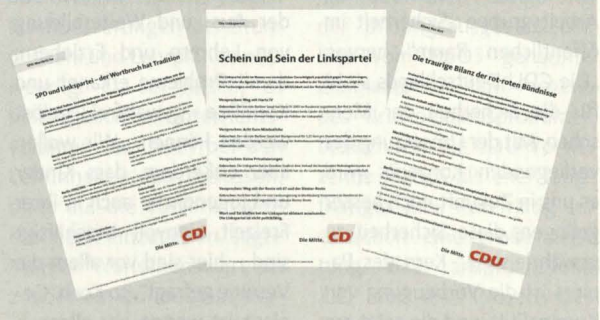
Und selbstverständlich ist niemand in unserem Land darüber erfreut, wenn Tätigkeiten nur einen geringen Lohn erwirtschaften, der durch staatliche Zuschüsse aufgestockt werden muss und wünscht sich jeder gut dotierte Vollzeitstellen für alle.

Wir müssen als CDU daher zeigen, dass wir die Sorgen und die Verunsicherung derjenigen, die linke Parteien wählen, ernst nehmen. Wir müssen aber auch die besseren Antworten auf diese Sorgen geben. Die Wähler der Linken dürfen und wollen wir nicht vor den Kopf stoßen, sondern müssen sie als große

Volkspartei der Mitte von unseren Konzepten, unserer Politik überzeugen, indem wir deutlich machen: Eine soziale Politik für Chancengleichheit und für Solidarität ist nur möglich auf dem Fundament einer guten Wirtschaftspolitik. Kindergeld, Betreuungsplätze und gute Pflege sind nur möglich, wenn ausreichend Steuern und Abgaben erwirtschaftet werden. Die Union macht die bessere Politik für soziale Gerechtigkeit, weil sie die bessere Politik für Wachstum und Beschäftigung macht! Die Renten steigen, wenn die Löhne steigen. Und die Löhne steigen, wenn es wirtschaftlich aufwärts geht. Freiheit und Sicherheit gehören für uns daher zusammen. Nur auf diesem Fundament schaffen wir das, was Ludwig Erhard uns allen als Daueraufgabe aufgegeben hat: „Wohlstand für Alle“ in Deutschland.

AKTUELLE FLUGBLÄTTER ZUR LINKSPARTEI

Zur aktuellen Diskussion um die Linkspartei stehen den Verbänden für die Arbeit vor Ort mehrere Flugblätter der CDU-Bundesgeschäftsstelle im CDU-Mitgliedernetz unter www.cdunet.de zum Download zur Verfügung.



Ronald Pofalla/Roland Koch

„Prävention stärken“

Jugendkriminalität wird immer mehr zu einem gesellschaftlichen Problem: über 40 Prozent der schweren Körperverletzungen werden von Tätern verübt, die jünger als 21 sind.

Die CDU hat diesem Thema stets große Aufmerksamkeit geschenkt. Nun hat eine Arbeitsgruppe, die vom CDU-Präsidium eingesetzt wurde, unter der Leitung des hessischen Ministerpräsidenten und Stellvertretenden Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Roland Koch, unser Konzept „Vorbeugen – Hinsehen – Eingreifen“ durch weitere konkrete Vorschläge für mehr Sicherheit in Bus und Bahn sowie an öffentlichen Plätzen weiterentwickelt. Damit ist klar: Wir schauen nicht weg, sondern gehen die Probleme direkt an. Generalsekretär Ronald Pofalla hob die Bedeutung der Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Sicherheit im öffentlichen Raum“ hervor: „Die CDU Deutschlands steht für die Sicherheit der Menschen. Mit der Umsetzung des vorliegenden Konzepts wird es uns in Zukunft noch besser gelingen, diese Sicherheit zu gewährleisten.“ Kern des Papiers ist die Vorbeugung von Kriminalität, und die setzt am



Ronald Pofalla, Generalsekretär der CDU Deutschlands und Roland Koch, Ministerpräsident des Landes Hessen

besten schon bei den Familien an: In Zukunft soll es leichter werden, bei Problemen professionelle Hilfe in Anspruch zu nehmen. „Wir wollen und können nicht mit ansehen, wie überforderte Mütter ihre Kinder verwahrlosen lassen oder misshandeln. In solchen Fällen muss schnelle und unbürokratische Hilfe geboten werden“, bekräftigte Roland Koch. Wichtig sei auch die Unterstützung der Arbeit von Kindergärten und Schulen. Der Fokus liege hier vor allem auf der Aus- und Weiterbildung von Lehrern und Erziehern, damit Probleme erkannt und Konflikte gewaltfrei gelöst werden können. „Wir wollen aber außerdem, dass Kinder und Jugendliche auch in ihrer Freizeit sinnvoll beschäftigt sind – hier sind vor allem die Vereine gefragt“, so Koch. Geplant ist weiter, vor allem in

den Städten so genannte „Quartier- oder Kiezläufer“ einzusetzen. „Das sollen Menschen sein, die vor Ort sind und sich auskennen. Zu ihnen haben die Menschen Vertrauen, und auf dieser Basis können kleinere Probleme schnell gelöst werden“, erklärte Koch. Das Konzept umfasst außerdem noch die Punkte „Jugendschutz in den Medien“ und „Arbeit mit Jugendlichen“. Das Papier steht im Internet zum Download bereit.

AKTUELL UNTER
WWW.CDU.DE

- Eckpunktepapier der Arbeitsgruppe „Sicherheit im öffentlichen Raum“
- Flugblatt „Jugendkriminalität – wir tun was“

61. RCDS-Bundesdelegiertenversammlung

„Nachhaltigkeit durch Bildung. Deutschland zwischen Information und Innovation“

Chancen, Herausforderungen und Leistungen der deutschen Bildungspolitik standen im Mittelpunkt des Kongresses „Nachhaltigkeit durch Bildung. Deutschland zwischen Information und Innovation“ des Rings Christlich-Demokratischer Studenten in Berlin.

Im Gegensatz zu den klassischen Rohstoffen wie Kohle oder Stahl seien Information und Wissen die Triebkraft für Innovation und Wachstum in der modernen globalisierten Informationsgesellschaft, betonte die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, in ihrer Rede.

Für die Stärkung des Wissenschaftsstandortes Deutschland seien auf Bundesebene bereits wichtige Schritte unternommen worden. Projekte wie die Exzellenzuniversitäten und eine Nationale Akademie stellten bedeutende Etappen dar. Mit der High-Tech-Strategie und der Wissenschaftsunion seien Vorhaben angeschoben worden, mit deren Hilfe die Kooperation von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik gestärkt und Deutschlands zu-



Bundeskanzlerin Angela Merkel

kunftsfähige Forschungsfelder gefördert worden seien. Auch im internationalen Wettbewerb um Leistungsträger und talentierte Nachwuchskräfte könne Deutschland mit positiven „weichen Faktoren“ aufwarten.

Darüber hinaus sprach sich die Bundeskanzlerin erneut für die Einführung des Abiturs nach zwölf Jahren aus. Hierfür seien jedoch Nachbesserungen bei Stundenzahl und Lehrplänen notwendig. Es sei falsch, es beim gleichen Unterrichtsvolumen und auch bei den Lehrinhalten zu belassen, ohne auf die kürzere Gymnasialzeit einzugehen, sagte Merkel. Wünschenswert sei zudem ein bundesweit vergleichbares Abitur. Dieses

bedeute „nicht das Ende des Kulturföderalismus“, sondern vermittele den Schülern vielmehr ein Gefühl dafür, „ob man von Mecklenburg-Vorpommern bis Bayern das Gleiche gelernt hat“, bekräftigte Angela Merkel. Gemeinsam mit den Ministerpräsidenten soll auf dem Nationalen Bildungsgipfel im Herbst in Dresden über eine nationale Qualifizierungsinitiative, den zunehmenden Fachkräftemangel vor allem bei Ingenieuren und Naturwissenschaftlern und über weitere Verbesserungen im Bildungswesen verhandelt werden.

In der anschließenden Diskussion mit den Delegierten unterstützte Angela Merkel grundsätzlich die Forderung des RCDS nach einer deutlichen Steigerung der Bildungsausgaben. Die hier vom RCDS genannte Zielmarke von fünf Prozent des Bruttoinlandsproduktes bezeichnete die CDU-Vorsitzende jedoch als eher langfristiges Ziel. Kurzfristig sei es schon eine große Leistung, das „anspruchsvolle Ziel“ von drei Prozent des BIP zu erreichen.

Christian Wulff im Amt bestätigt



Christian Wulff, Ministerpräsident
des Landes Niedersachsen

Mit der Wahl aller 81 Mitglieder der Regierungsfractionen von CDU und FDP startete Niedersachsen alter und neuer Ministerpräsident Christian Wulff in die 16. Wahlperiode des Niedersächsischen Landtages.

Einigkeit herrschte ebenfalls zuvor bei der Billigung des Koalitionsvertrages mit der FDP durch einen „Kleinen Parteitag“ der niedersächsischen CDU. Alle 92 anwesenden Delegierten des Landesausschusses gaben einstimmig den Weg für die Unterzeichnung der Koalitionsvereinbarungen mit der FDP frei.

Anlässlich des Beginns der neuen Legislaturperiode in Niedersachsen standen außerdem die Neuwahlen des Fraktionsvorstandes an,

bei denen David McAllister, mit 95,6 Prozent der Stimmen als Fraktionsvorsitzender bestätigt wurde. Zum Parlamentarischen Geschäftsführer wurde Bernd Althusmann mit 94 Prozent der Stimmen gewählt.

Zu Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden bestimmten die CDU-Landtagsabgeordneten Karl-Heinz Klare, Karl-Heinrich Langspecht, Heidemarie Mundlos, Heinz Rolfes und Björn Thümler. Zum Schatzmeister wurde Wilhelm Heidemann gewählt.

Weitere Informationen sowie die Koalitionsvereinbarungen finden Sie unter:

<http://www.cdu-fraktion-niedersachsen.de>

sowie unter:

<http://www.cdu-niedersachsen.de>



Koalitionsverhandlungen in Hamburg

Nach der für die CDU erfolgreichen Bürgerschaftswahl in Hamburg haben unter Führung des Ersten Bürgermeisters Ole von Beust die Koalitionsverhandlungen mit den Grünen begonnen.

Nachdem sowohl mit der SPD als auch mit den Grünen Sondierungsgespräche stattgefunden haben, entschied der Landesvorstand der Hamburger CDU, Koalitionsverhandlungen mit den Grünen aufzunehmen. Themenschwerpunkte in den nächsten Wochen sind Haushalt/Finanzen sowie Kultur und Sport, außerdem Wirtschaft mit besonderer Berücksichtigung der Themen Hafen, Verkehr und Umwelt. Die Gespräche werden voraussichtlich bis Ende April abgeschlossen sein. Unter der Führung von Ole von Beust wird die Hamburger CDU die erfolgreiche Politik der letzten Jahre fortsetzen.

RCDS wählte neuen Vorsitz

Gottfried Ludewig ist neuer Bundesvorsitzender des Rings Christlich-Demokratischer Studenten.

Der Doktorand der Volkswirtschaftslehre aus Berlin tritt damit die Nachfolge des bisherigen Vorsitzenden Matthias Kutsch an. Zum Stellvertretenden Bundesvorsitzenden wurde Stefan Liebendörfer (Halle) und zum Bundesschatzmeister Konstantin Zell (Ulm) gewählt.

Volker Kauder

Glaubwürdigkeit ist ein hohes Gut

Die Glaubwürdigkeit von Kurt Beck ist schwer angekratzt. Der dreiste Wortbruchplan Ypsilantis, der von Kurt Beck gestützt worden ist, wurde noch nicht einmal in den eigenen Reihen der Landtagsfraktion mitgetragen. Es ist gut, dass sich das Instrument des Wortbruchs in der Politik nicht durchsetzen konnte. Der Wortbruch bleibt aber dennoch mit dem Namen Kurt Beck verbunden.

Zudem ist eines ganz offensichtlich zutage gefördert worden: Bei der nächsten Bundestagswahl kann man sich auf nichts verlassen, was die SPD sagt. Denn wer vermag angesichts dieses Vorgehens dann noch zu unterscheiden, mit welcher Wahrheit es den Sozialdemokraten ernst ist und wann sie sich bei elementaren Positionierungsfragen durch machtpolitische Überlegungen selbst nicht mehr ernst nehmen? Roland Kochs Angebot, eine Regierung gemäß des Wählerwillens zu bilden, steht nach wie vor.

Es ist im Sinne unseres Landes, dass wir auch unter den erschwerten Bedingun-



Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

gen unsere Arbeit in der Großen Koalition fortsetzen. Denn wir sind dafür angetreten, Politik zu gestalten und uns nicht machtpolitischen Spielchen hinzugeben. Bei all den sozialdemokratischen Querelen der vergangenen Tage und Wochen ist zudem wieder einmal deutlich geworden: Die Union ist die treibende Kraft der Großen Koalition und löst die Probleme unseres Landes zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger. Auf der gemeinsamen Klausurtagung der geschäftsführenden Fraktionsvorstände von CDU/CSU und SPD in Bonn haben wir deutlich gemacht: Die Große Koalition ist handlungsfähig und wir konnten wichtige Durchbrüche auf entscheidenden Feldern erreichen. Bei der

Pflegeversicherung, bei der nachhaltigen Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger bei der Bildung von Wohneigentum durch die Eigenheimrente, bei der weiteren Ausgestaltung der Integrationspolitik. Ferner haben wir eine verbesserte Opferentschädigung bei Gewalttaten im Ausland beschlossen. Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes haben wir uns darauf verständigt, Online-Fahndungen rasch zu ermöglichen, um den Terrorismus noch effektiver bekämpfen zu können. Weiterhin werden wir die Rente für Contergan-Geschädigte verdoppeln, um den Opfern dieses Medizinskandals eine angemessene Versorgung zu sichern. Mit über 15 Millionen Euro im Jahr zusätzlich werden wir die Betroffenen unterstützen.

Alle Beschlüsse tragen die Handschrift der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und bringen unser Land voran. Wir bekennen uns zu unserer Verantwortung. Wir stehen damit zu dem, was wir den Bürgerinnen und Bürgern versprochen haben. Glaubwürdigkeit ist für uns ein hohes Gut.

Erfolgreichste Verbände geehrt!

Seit vielen Jahren ist es gute und bewährte Praxis, die bei der Neumitgliederwerbung erfolgreichsten Verbände zu ehren. In diesem Jahr luden CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla und CDU-Bundesgeschäftsführer Klaus Schüler die erfolgreichsten Werber des Jahres 2007 zur feierlichen Prämierung ins Berliner Konrad-Adenauer-Haus ein.

„Gerade in Zeiten, in denen uns die bundesweite Mitgliederentwicklung Sorgen bereitet, tut es gut, zu wissen, dass die Maßnahmen und Instrumentarien, die Sie vor Ort engagiert einsetzen, den entsprechenden Erfolg brachten. Sie zeigen damit eindringlich, dass Mitgliederschwund bei entsprechendem Engagement vor Ort kein Naturgesetz ist“, zeigte sich Generalsekretär Po-



falla freut über den guten Verlauf der Mitgliederwerbekampagne „Farbe bekennen. Mitglied werden.“ Die Zahlen sprächen eine deutliche Sprache: Allein im Jahr 2007 konnten über 14 000 neue CDU-Mitglieder begrüßt werden und mit bislang fast 3 500 neuen Mitgliedern setzte sich dieser positive Trend auch in den ersten beiden Monaten des Jahres 2008 fort, sagte Ronald Pofalla. Der Generalsekretär und Bundesgeschäftsführer Klaus Schüler zeigten sich zuversichtlich,

dass die erfolgreiche Arbeit der Preisträger auch weitere Verbände anregen werde, ähnlich engagiert bei der Mitgliederwerbung zu agieren.

Für die Fortführung der erfolgreichen Arbeit vor Ort erhielten die siegreichen Verbände einen Warengutschein für Materialbestellungen. Darüber hinaus wurde den Vertretern der geehrten Verbände ein abwechslungsreiches Rahmenprogramm in Berlin geboten, unter anderem ein Besuch des Bundeskanzleramtes.

FOLGENDE VERBÄNDE SIND FÜR DEN ZEITRAUM VON OKTOBER 2006 BIS SEPTEMBER 2007 AUSGEZEICHNET WORDEN:

Die erfolgreichsten Ortsverbände (sortiert nach Saldo Zeitraum):

1. Ortsverband Wandsbek
2. Ortsverband Emsteck
3. Ortsverband Ehrenfeld

Die erfolgreichsten Kreisverbände (sortiert nach Saldo Zeitraum):

1. Kreisverband Hamburg-Mitte
2. Kreisverband Stuttgart
3. Kreisverband Elbe-Elster

Die erfolgreichsten Kreisverbände (sortiert nach prozentualer Entwicklung):

1. Kreisverband Hamburg-Mitte
2. CDU-Verband Brüssel
3. Kreisverband Elbe-Elster

Annette Schavan

Aufstieg durch Bildung

Die Landtagswahlen in Hessen, Niedersachsen und Hamburg haben deutlich gezeigt: Bildungspolitik gehört zu den zentralen gesellschaftspolitischen Fragen! Der jüngste Monatsbericht des Instituts für Demoskopie Allensbach zeigt, dass die CDU einen klaren Kompetenzvorsprung hat. Dieser muss weiter ausgebaut werden. Die SPD diskutiert über Strukturen, wir haben die besseren Konzepte.

Wir arbeiten in den Ländern und im Bund an einem Bildungssystem, das noch besser Talente fördert und Durchlässigkeit schafft.

Die Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung setzt wichtige Impulse zur Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung, zur Förderung der frühkindlichen Bildung, zur Stärkung des Interesses an den Natur- und Technikwissenschaften, richtet Aufstiegsstipendien ein und schafft Fördermaßnahmen, die allen Jugendlichen einen Schulabschluss und eine qualifizierte Ausbildung ermöglichen.



Annette Schavan MdB, stellvertretende Vorsitzende der CDU Deutschlands und Bundesministerin für Bildung und Forschung

Frühkindliche Bildung stärken

Die Stärkung der frühkindlichen Bildung und die bessere Verzahnung von Kindertagesstätte und Grundschule stärkt Chancengerechtigkeit. Eine verbesserte Fortbildung der Erzieherinnen und Erzieher gehört dazu ebenso wie eine gezielte Sprachförderung für Kinder. Kindertagesstätten entwickeln sich immer mehr zu Bildungsstätten, in denen das Fundament für einen guten Schulstart gelegt werden kann. Die Initiative „Haus der kleinen Forscher“ soll den frühen Zugang zu Naturphänomen ermöglichen und die Neugierde von Kindern fördern. Speziell in bevölke-

rungsarmen Regionen ist die organisatorische Verbindung von Kindertagesstätte und Grundschule wichtig, um Bildung in den ersten Jahren möglichst wohnortnah zu gewährleisten.

Sorgen ernst nehmen

Wir nehmen die Sorgen von Eltern im Blick auf eine gute Qualität der Bildung für ihre Kinder ernst. Das gilt für die frühkindliche Bildung ebenso wie für alle anderen Phasen der Bildungsbiografie von Kindern und Jugendlichen. Die Zusammenarbeit zwischen Eltern und Schule ist wichtig. Dem Eindruck der Überforderung oder Unterforderung von Kindern muss durch wirksame Konzepte der individuellen Förderung begegnet werden. Kein Abschluss darf ohne die Chance zum Anschluss an eine nächste Bildungsphase sein. Deshalb muss die Durchlässigkeit verbessert werden. Eine Entscheidung für eine bestimmte Schulart darf nicht schon die Entscheidung für einen spezifischen Schulabschluss sein. Die Grundsatzentscheidung der Kultusministerkonferenz

zur zwölfjährigen Schulzeit bis zum Abitur muss in den Ländern zu konkreten Maßnahmen der Weiterentwicklung des Gymnasiums führen. Das Programm der Bundesregierung zum Ausbau der Ganztagschulen kann ebenso helfen wie der Einsatz von Schulstunden für individuelle Fördermaßnahmen. Schule braucht die Unterstützung der Eltern. Zugleich müssen Eltern aber auch sicher sein können, dass die Schulen über die notwendigen Ressourcen verfügen, um Schülerinnen und Schüler optimal zu fördern. Gerade in Zeiten des Schülerrückgangs müssen wir die Ressourcen im Schulsystem halten.

Aufstieg durch Bildung

Alle Maßnahmen der Qualifizierungsinitiative dienen einem Ziel – den Aufstieg durch Bildung in Deutschland zu ermöglichen. Bildung ist der Schlüssel für individuelle Lebenschancen und Teilhabe. Hinzu kommt, dass der künftige Fachkräftebedarf in Deutschland nur gedeckt werden kann, wenn wir alle Potenziale im Bildungssystem noch besser ausschöpfen. Kein Jugendlicher darf verloren gehen. In den nächs-

ten Monaten werden der Bund und die Länder gemeinsam auch Maßnahmen an den Schnittstellen des Bildungssystems vereinbaren, die zur Stärkung von Qualität und Durchlässigkeit geeignet sind. Beim Treffen der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefs der Länder im Herbst in Sachsen werden diese Vereinbarungen beschlossen werden.

Ausbildung fördern

Die Bundesregierung wird Unternehmen, die Ausbildungsplätze für benachteiligte Jugendliche schaffen, einen Ausbildungsbonus zahlen. Damit kümmern wir uns um jene sogenannten Altbewerberinnen und Altbewerber, die in den vergangenen Jahren keine Chance hatten, zu einer qualifizierten Ausbildung zu kommen. Das aber ist die Voraussetzung für den Eintritt in das Berufsleben. Das ist die Voraussetzung für Zukunftschancen der jungen Generation. Das MeisterBAföG soll fortentwickelt werden und Aufstiegsstipendien für Jugendliche mit einem Abschluss in der beruflichen Bildung geschaffen werden, die ein Studium aufnehmen. Hochschulen sollen in Zukunft mehr Angebote für ein berufsbegleitendes

Studium erarbeiten. Die Weiterbildungquote soll auf 50 Prozent erhöht werden.

Die CDU: Bildungspartei Nummer eins

Internationale Vergleichsstudien zeigen, dass sich die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems in Deutschland bereits verbessert hat. Dazu tragen Initiativen der CDU wesentlich bei. Wir sind aber noch längst nicht am Ziel. Weitere Bemühungen sind notwendig. Dazu gehören auch Vereinbarungen zu Bildungsstandards und erste Überlegungen für vergleichbare Abschlussprüfungen. Das stärkt die Mobilität in Deutschland. Vergleichbarkeit durch Bildungsstandards schafft schließlich mehr Gerechtigkeit im Bildungssystem. In allen internationalen Vergleichsstudien, die bislang veröffentlicht wurden, stehen CDU- und CSU-regierte Länder an der Spitze in Deutschland. Wir wollen ein differenziertes, leistungsfähiges, gerechtes und modernes Bildungssystem, das jedem Kind und jedem Jugendlichen die Chance zur Bildung und Erziehung gibt. Wir werden in den nächsten Monaten verstärkt am „Aufstieg durch Bildung“ arbeiten.

Bundesarbeitskreis Christlich Demokratischer Juristen

„Recht sichert Freiheit“

„Recht sichert Freiheit: Marktordnung in einer globalen Wirtschaft“ lautete das Thema des rechtspolitischen Kongresses des Bundesarbeitskreises Christlich Demokratischer Juristen (BACDJ) der CDU Deutschlands in Karlsruhe.

Der BACDJ wollte nach den Worten seines Vorsitzenden, Dr. Norbert Röttgen, mit diesem nicht genuin rechtspolitischen Thema eines der wichtigsten Zukunftsthemen aufgreifen. Die Globalisierung habe Auswirkungen auf alle Politikfelder und werfe zugleich die rechtspolitische Frage auf, welche Möglichkeiten Nationalstaat und Europäische Union hätten, diesem globalen Markt einen Ordnungsrahmen zu verleihen.

Im ersten Forum diskutierten über das Thema „Industriepolitik oder offene Märkte? Instrumente und Grenzen nationaler Wirtschaftspolitik“ unter Moderation von Prof. Pfeiffer, Universität Heidelberg, Dr. Kohns, Generalsekretär des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Dr. Kater, Chefvolkswirt DekaBank, und Christian Dumon, französi-



Norbert Röttgen, 1. Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

schener Generalkonsul in Stuttgart. „Ungebändigte Kapitalmärkte? Zur Neubewertung des Verhältnisses von Arbeit, Kapital und Staat“ lautete das Thema eines zweiten Forums, in dem unter der Moderation von Prof. Hirte, Universität Hamburg, Dr. Hirt, Hermes Equity Ownership Services, London, Dr. Scheel, BDI-Abteilungsleiter sowie Prof. Conac, Universität Luxemburg, diskutierten. Das politische Hauptreferat des Kongresses hielt Ministerpräsident Günther H. Oettinger als Vorsitzender der „Föderalismuskommission II“ über „Die Reform der Finanzverfassung als Voraussetzung für einen handlungsfähigen Staat“. Langfristig überlebensfähig sei Deutschland als Föderalstaat nur, wenn beim Schul-

denstopp der Bund und alle Länder „mit an Bord“ kämen. So könnten für die Zukunft finanzpolitische Handlungsspielräume zurück gewonnen werden. In normalen Haushaltsjahren müsse es ein Neuverschuldungsverbot für öffentliche Haushalte geben. Ländern, die dazu nicht in der Lage seien, müssten staatliche Unterstützung erhalten und im Gegenzug einen strengen Konsolidierungskurs einhalten. Den Abschluss bildete ein Streitgespräch zwischen Prof. Walter, Chefvolkswirt der Deutschen Bank AG, und Prof. Stürner, Universität Freiburg, moderiert durch Dr. Müller, FAZ. Ausgangspunkt dieser Kontroverse war das jüngst erschienene Buch von Prof. Stürner unter dem Titel „Markt und Wettbewerb über alles? Gesellschaft und Recht im Fokus neoliberaler Marktideologie.“ Das problematische Verhältnis von Markt und Moral hat nach der übereinstimmenden Auffassung beider Diskutanten auch seinen Ursprung im Schwinden christlicher Wertevorstellungen in den westlichen Gesellschaften. Prof. Walter verband dies mit einem Appell für eine Rückbesinnung auf das christliche Menschenbild.

Julia Klöckner/Otto Wulff

Bessere Verbraucherpolitik für Senioren

Gerade für Senioren ist es besonders wichtig, verbraucherrelevante Informationen in allgemein verständlicher Sprache zu erhalten.

An Bahnhöfen, im Internet und zunehmend auch in Einkaufszentren wimmelt es nur von Anglizismen und Wortschöpfungen, die älteren Menschen das Leben oft unnötig schwer machen. Ähnliches gilt für das sprichwörtlich „Kleingedruckte“. Die Arbeitsgruppe Verbraucherschutz der Kommission „Bewahrung der Schöpfung“ unter dem Vorsitz von Julia Klöckner fordert deshalb, insbesondere bei Wegweisern, Warnhinweisen, Inhaltsangaben und Gebrauchsanleitungen klar und eindeutig zu formulieren und leicht leserliche Mindestschriftgrößen einzuhalten. Der Verbraucherschutz im Gesundheitswesen ist für Senioren ebenfalls von großer Bedeutung. Transparente Qualitätsbewertungen von Gesundheitseinrichtungen sind erforderlich. Mit Patientenberatung und reibungslosem Entlassungsmanagement bereits im Krankenhaus muss

sichergestellt werden, dass ältere Patienten nicht hilflos sind, wenn sie zu Hause ankommen. Notwendig ist zudem eine gute Beratung über Pflegedienstleistungen. Ein für Senioren besonders relevanter Bereich ist überdies der digitale Verbraucherschutz. Es gilt die digitale Spaltung der Generationen zu überwinden. Für Senioren darf es keine Barrieren gegenüber elektronischen Medien geben. Deshalb müssen ausreichend Internetkurse an Volkshochschulen oder Seniorenbildungsstätten an-

geboten werden. Ältere stehen auch unerbetenen und belästigenden Werbeanrufen oft hilflos gegenüber. Ein wirkungsvolles Unterbinden der rechtlich bereits verbotenen Werbeanrufe und eine obligatorische schriftliche Bestätigung von Verträgen im Anschluss an eine unerbetene Telefonwerbung sind Forderungen der Union im besonderen Interesse älterer Menschen. Als Gast in der Arbeitsgruppensitzung nahm Otto Wulff, Vorsitzender der Senioren Union, teil.

DIALOG MIT DER KIRCHE



Zu einem intensiven Gedankenaustausch trafen sich die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Angela Merkel, sowie einige Mitglieder des CDU-Präsidiums mit dem neu gewählten Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch, sowie seinem Amtsvorgänger, Karl Kardinal Lehmann, im Berliner Konrad-Adenauer-Haus.

Kurt Georg Kiesinger – Politiker der ersten Stunde

Ob als Abgeordneter des Deutschen Bundestages, als Ministerpräsident in Baden-Württemberg oder als Kanzler der ersten Großen Koalition von 1966 bis 1969 – mehr als 20 Jahre lang hat Kurt Georg Kiesinger die politische Geschichte Deutschlands mit gestaltet.

Kiesingers erfolgreiche politische Karriere in der CDU, der er 1948 beitrug, begann bereits im Jahr 1949, als er in den ersten Deutschen Bundestag gewählt wurde. Im Bonner Parlament unterstützte er die Politik Konrad Adenauers und machte als brillanter Redner auf sich aufmerksam. Schnell wurde ihm politische Verantwortung übertragen: Kiesinger stand sowohl dem Vermittlungs- als auch dem Auswärtigen Ausschuss vor. Schon in dieser Zeit bewies er großes diplomatisches Geschick und zeichnete sich eher durch eine Politik der leisen Töne als durch politische Poltereien aus.

Im Jahr 1966 folgte er Ludwig Erhard im Amt des Bundeskanzlers nach und führte die Große Koali-



Foto: KAS/ACDP

Politiker mit Weitblick und Augenmaß – am 9. März jährte sich Kurt Georg Kiesingers Todestag zum 20. Mal.

tion mit der SPD an. Trotz schwieriger politischer Umstände leistete die Regierung Kiesinger erfolgreiche Arbeit: Der Bundeshaushalt wurde konsolidiert, die Notstandsgesetzgebung durchgesetzt und die Ausbildungsförderung (BAföG) eingeführt. Im Jahr 1967 wurde Kiesinger außerdem Vorsitzender der CDU Deutschlands.

Am 9. März jährte sich sein Todestag zum 20. Mal. Als „Politiker mit Weitblick und Augenmaß“, der sich früh für den Ausbau des Bildungswesens einsetzte und in diesem eine der wichtigsten Grundlagen für den sozialen und wirtschaftlichen Aufbau des Landes sah, würdigte die Vorsitzende

der CDU Deutschlands, Angela Merkel, Kiesingers politisches Wirken. Der Politiker „der ersten Stunde“ überzeugte stets durch ein scharfes politisches Profil und sein großes Engagement auch auf europäischer Ebene, betonte die Bundeskanzlerin.

CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla verwies in Gedenken an Kiesinger auf seine besondere Bedeutung für die CDU Deutschlands. Schon früh übernahm er in der Partei Verantwortung, war beispielsweise als Landesgeschäftsführer in Württemberg-Hohenzollern tätig, später in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und schließlich als Parteivorsitzender. „Nach den Erfahrungen der menschenverachtenden Diktatur und den Erfahrungen im Weltkrieg war die CDU für Kiesinger eine neue politische Kraft, die aus der Mitte der Gesellschaft kam. Sein Engagement und seine Taten sind Garant dafür, dass die CDU sein Andenken weiter bewahren wird“, unterstrich Generalsekretär Ronald Pofalla.

Online-Service der CDU Deutschlands

Ob E-Mail-Korrespondenz, inhaltliche Recherchen, Homebanking oder Online-Shopping – das Internet ist zu einem festen Bestandteil der modernen Kommunikation geworden. Auch aus dem Bereich der politischen Kommunikation ist das Internet nicht mehr wegzudenken.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für erfolgreiche politische Arbeit ist schließlich, dass die Akteure stets gut informiert sind. Die Vorteile des Internet liegen auf der Hand: schnelle Information in Text, Bild und Ton von jedem internetfähigen PC! Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hält über ihre Internetplattformen ein umfangreiches Informationsangebot bereit: Ob tagespolitische Berichterstattung, Positionspapier, Beschlüsse oder aktuelle Materialien für die Arbeit vor Ort – unter www.cdu.de und im CDU-Mitgliedernetz unter www.cdunet.de werden Sie fündig.

Die öffentliche Homepage: www.cdu.de

Was auch immer Wichtiges bei der CDU passiert – ein Blick auf die Homepage

The screenshot shows the homepage of the Christian Democratic Union (CDU) of Germany. At the top, there is a navigation bar with the CDU logo and the text 'Christlich Demokratische Union Deutschlands'. Below this, there are several news articles and sections. On the left, there is a 'Themen' section with a list of topics. In the center, there is a large article titled 'Fertig beladen' with a photo of a group of people. To the right, there is a 'Tagesaktuelle' section with a photo of a man. Below the main article, there is a 'Mehr zum Thema' section with a photo of a man. At the bottom, there is a 'Wahlkampf' section with a photo of a man. The website is designed with a clean, professional layout and includes various multimedia elements like photos and videos.

www.cdu.de

www.cdu.de genügt, um zu wissen, was los ist. Das öffentliche Internetangebot der Bundes-CDU wird täglich – meist sogar mehrmals täglich – aktualisiert. Sie finden unter anderem auf www.cdu.de:

- aktuelle Berichte,
- Pressemitteilungen,
- Beschlüsse und
- Hintergrundtexte.

Eine wahre Fundgrube für die inhaltliche Arbeit ist die Rubrik Politik A-Z. Unter www.cdu.de, Navigationspunkt (oben) „Themen“, Navigationspunkt „Politik von A-Z“ finden Sie zu vielen Politikfeldern eine

Sammlung mit den wichtigsten Informationen. Gegliedert nach Artikeln, Pressemitteilungen, Beschlüssen, Positionspapieren und Analysen, Reden und Interviews von CDU-Politikern, werden Sie hier umfassend über die einzelnen Politikfelder informiert.

Schnell und direkt informiert sein, auch wenn Sie gerade nicht online sind? Kein Problem! Als ergänzendes Service zum Internetangebot bietet die CDU-Bundesgeschäftsstelle verschiedene Newsletter an. Unter www.cdu.de, Navigationspunkt (links) „Newsletter“ finden Sie eine Übersicht und können den gewünschten Newsletter mit einem Klick abonnieren. Besonders hinweisen möchten wir auf den Presse-Newsletter. Über ihn erhalten Sie alle wichtigen Pressemitteilungen aus dem Konrad-Adenauer-Haus direkt auf den PC. Hervorragend geeignet für diejenigen, die gut informiert sein möch-

ten, aber nicht über viel Zeit verfügen, ist der Newsletter „Neues aus Berlin“.

Noch ein Tipp für die praktische Arbeit vor Ort: Zur Umsetzung der moder- nen CDU-Werbelinie finden Sie alle relevanten Informationen und Daten unter www.c.cdu.de. Hier finden Sie auch verschiedene Angebote, die Sie bei der Erstellung einer eigenen CDU-Homepage unterstützen!

Das CDU-Mitgliedernetz: www.cdunet.de

Das Mitgliedernetz unter www.cdunet.de ist exklusiv für die Mitglieder der CDU

reserviert. Für Ihre erstmalige Registrierung benötigen Sie lediglich Ihre Mitgliedsnummer. Diese finden Sie auf Ihrem Mitgliedsausweis. Sollte der Ausweis nicht zur Hand sein, können Sie die Mitgliedsnummer bei Ihrer Kreisgeschäftsstelle erfragen oder Sie schreiben uns eine E-Mail an cdunet@cdu.de. Danach haben Sie jederzeit mit dem von Ihnen gewählten Benutzernamen und dem dazugehörigen Passwort Zugang zum CDU-net!

Im Mittelpunkt steht auch im CDU-net die politische Information. Dieses Angebot reicht von gedruckten Materialien, wie Bro-

schüren und Faltblättern, bis zu Hintergrundinformationen, Flugblättern und Leitfäden, die wir im CDU-net online zur Verfügung stellen. Eine umfangreiche Materialsammlung steht unter dem Menüpunkt „Infos und Materialien“ für Sie bereit. Darüber hinaus haben Sie im CDU-net-Forum die Möglichkeit, mit anderen CDU-Mitgliedern über alle politischen Themen zu diskutieren. Einen vollständigen Überblick über alle Internetangebote der CDU Deutschlands mit zahlreichen Tipps und Tricks für die Arbeit vor Ort finden Sie in der „Online-Broschüre“ der CDU.

AKTUELL IM CDU-MITGLIEDERNETZ UNTER WWW.CDUNET.DE



- Flugblatt „Schein und Sein der Linkspartei“
- Flugblatt „Die traurige Bilanz der rot-roten Bündnisse“
- Flugblatt „SPD und Linkspartei – der Wortbruch hat Tradition“
- Flugblatt: „Wortbruch hat jetzt einen Namen: Ypsilanti“
- Flugblatt: „Pflegeversicherung fit für die Zukunft“
- Dokumentation „Weiterentwicklung der Pflegeversicherung“
- Werbemittel der CDU Deutschlands – Gesamtangebot 2008
- Kurzfassung des neuen CDU-Grundsatzprogramms

www.cdunet.de

Jochen-Konrad Fromme

Union zuverlässiger Partner deutscher Aussiedler und Spätaussiedler

Auf der Aussiedlerbeauftragtenkonferenz der CDU Deutschlands ist wieder einmal deutlich geworden: Die Union ist der zuverlässige Partner an der Seite der deutschen Aussiedler und Spätaussiedler.

So zeigte sich die Konferenz sehr zufrieden mit der erneuten Berücksichtigung der Interessen deutscher Aussiedler und Spätaussiedler im neuen Grundsatzprogramm der CDU.

Unbürokratische Lösungen gefunden

Sehr positiv nahmen die Konferenzteilnehmer die Nachricht auf, dass für die von Familientrennung betroffenen Spätaussiedlerfamilien, die sich vor dem Inkrafttreten der Novelle des Zuwanderungsgesetzes im laufenden Verfahren befanden, eine unbürokratische Lösung gefunden werden konnte. Damit ist einer großen Zahl von Familien deutscher Spätaussiedler geholfen worden.

Intensiv hat sich die Konferenz mit den Fragen der



Jochen-Konrad Fromme MdB, Aussiedlerbeauftragter der CDU Deutschlands

Integration der Spätaussiedler in den deutschen Arbeitsmarkt beschäftigt. Die Anerkennung von Ausbildungs- und Studienleistungen stellt nach wie vor eine hohe Hürde bei der Aufnahme einer der Ausbildung entsprechenden Tätigkeit dar. In diesem Bereich besteht erheblicher Verbesserungsbedarf.

Integration in den Arbeitsmarkt

Vereinbart haben die Teilnehmer daher die Gründung einer Arbeitsgruppe, in der Integrationsprogrammgestalter und Vertreter berufsständischer Organisationen (zum Beispiel

Bundesärztekammer) gemeinsam Lösungen ausarbeiten werden. Die Transparenz der Anerkennungsverfahren für Ausbildungs- und Studienleistungen sollen verbessert und zielgerichtete Programme entwickelt werden, um fehlende Qualifikationsbestandteile künftig nachholen zu können.

Für die CDU bleibt klar: Die Integration der deutschen Aussiedler und Spätaussiedler in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt bleibt eine der wichtigen Herausforderungen der Aussiedlerpolitik der nächsten Jahre.

Auf Einladung des Aussiedlerbeauftragten der CDU Deutschlands, Jochen-Konrad Fromme, waren Beauftragte für Aussiedlerfragen aus Landes- und Kreisverbänden, aus Landtagsfraktionen sowie Verantwortliche aus der Landsmannschaft und Jugendorganisation der Deutschen aus Russland und weitere Multiplikatoren der ehrenamtlichen Aussiedlerarbeit in Berlin zusammengekommen.

Gummibärchen

100 Minibeutel in einer Runddose.

Bestell-Nummer: **9547**

Preis je **100 Stück: 10,00 €**

inkl. MwSt.: 10,70 €



Taschentücher „Freiheit für alle Nasen“

Bestell-Nummer: **9637**

Preis je **144 Stück: 28,00 €**

inkl. MwSt.: 33,32 €



Spielkarten „Französisches Bild“

Bestell-Nummer: **9540**

Preis je **50 Stück: 31,00 €**

inkl. MwSt.: 36,89 €



Spielkarten „Deutsches Bild“

Bestell-Nummer: **9507**

Preis je **50 Stück: 31,00 €**

inkl. MwSt.: 36,89 €



Mini-LED-Schlüsselringlampe

Die „Kleine“ mit der großen Wirkung!

Intensive Leuchtkraft und sehr lange Lebensdauer.

Inklusive zwei Lithiumbatterien, auswechselbar.

Bestell-Nummer: **9383**

Preis je **20 Stück: 20,00 €**

inkl. MwSt.: 23,80 €



Einkaufswagen-Chip

Bestell-Nummer: **9070**

Preis je **100 Stück: 32,00 €**

inkl. MwSt.: 38,08 €



Die Fußball-Europameisterschaft 2008 steht vor der Tür!



Sommer-Falthumb Deutschland

Klein, luftig und schnell einsetzbar.
Für einen heißen Sommer genau der richtige Hut.

Bestell-Nummer: **9396**
Preis je **5 Stück: 7,00 €**
inkl. MwSt.: 8,33 €

Ab 14. Mai 2008 lieferbar.



Deutschland-Silikonarmband mit CDU-Logoprägung

Bestell-Nummer: **9397**
Preis je **50 Stück: 15,00 €**
inkl. MwSt.: 17,85 €

Ab 14. Mai 2008 lieferbar.



Fan-Schminkkarte Deutschland

DIN A6 Klappkarte mit Gesichtsschminkfarbe
in schwarz/rot/gelb.

Bestell-Nummer: **9398**
Preis je **100 Stück: 13,30 €**
inkl. MwSt.: 15,83 €

Ab 14. Mai 2008 lieferbar.

Begeistern Sie Parteifreunde, Sympathisanten und Fußballfans mit unseren attraktiven EM-Werbeartikeln.

Autofahren-Wechselset Deutschland/CDU

Das Set besteht aus einer Fahnenhalterung, einer CDU-Fahne und einer Deutschland-Fahne. Die Beflagung ist einfach zu wechseln.



Bestell-Nummer: **9399**
 Preis je **1 Set: 3,00 €**
 inkl. MwSt.: 3,57 €

Ab 14. Mai 2008 lieferbar.

Fußballplaner zur Europameisterschaft 2008

Mit einem Grußwort von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel.



Bestell-Nummer: **9653**
 Preis je **500 Stück: 17,00 €**
 inkl. MwSt.: 20,23 €

Ab Anfang April lieferbar.
 Die Kreisverbände werden zusätzlich per E-Mail über die Möglichkeit der Individualisierung (Kandidaten oder Verbände) des Fußballplaners informiert.

CDU Fußball „Schwarz-Rot-Gold“

Wettkampf/Trainingsfußball – geeignet für jedes Wetter und jeden Platz.



Bestell-Nummer: **9318**
 Preis je **Stück: 13,00 €**
 inkl. MwSt.: 15,47 €

UiD-Newsletter – Immer aktuell informiert

Sie sind Funktions- und Mandatsträger der CDU Deutschland? Sie haben Interesse, immer aktuell über Serviceangebote der CDU-Bundesgeschäftsstelle wie Flugblätter, Hintergrundpapiere, Musterreden, Werbematerialien etc. informiert zu werden? Dann abonnieren Sie kostenlos den UiD-Newsletter. Melden Sie sich einfach an unter www.uid.cdu.de oder schicken Sie eine E-Mail mit Ihrem Namen, Vornamen, Funktion bzw. Mandat sowie Ihrer Mitgliedsnummer an uid-redaktion@cdu.de.

The screenshot shows a web browser window with the URL <http://www.uid.cdu.de/>. The page content is as follows:

UID UNION IN DEUTSCHLAND

Anmeldung zum UID-Newsletter.
 Sie sind Funktions- oder Mandatsträger der CDU Deutschlands? Sie sind an einem Bezug des UID-Newsletters interessiert? Dann füllen Sie bitte alle Felder der rechten Spalte aus. Ihre Mitgliedsnummer finden Sie z.B. auf Ihrem CDU-Mitgliedsausweis.

Mitgliedsausweis.

**Mitgliedsnummer
0123-0-11111**

Die zehnstellige Mitgliedsnummer bitte ohne Zusatzzeichen (etwa "-" und "A") eingeben, also beispielsweise "0123011111".

Vorname:*

Nachname:*

CDU-Funktion/CDU-Mandat:*

E-Mail:*

Mitgliedsnummer:*

Sie haben Ihre Mitgliedsnummer nicht griffbereit? Kein Problem. Wir helfen Ihnen gerne. Rufen Sie einfach unsere Hotline an (Tel. 030 - 220 70 220) oder schicken Sie eine E-Mail an uid-redaktion@cdu.de

* Pflichtfelder

© CDU Deutschlands | impressum